

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 15. Februar 1930

34. Jahrgang

Nummer 7

### Gegen den Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Allgemeiner freier Angestelltenbund,  
Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,

haben am 8. Februar 1930 folgende Entschließung angenommen:

„Wie aus der Presse bekanntgeworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Übertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundgesetzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Ausschöpfung des gerade von ihnen befruchteten Baumarcktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Deffektivität, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Heke gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.“

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

### Nach 10 Jahren

Durch eine kurze Notiz im heutigen „Steinarbeiter“, in der Rubrik, in der wöchentlich über den Kampf um Lohn- und Arbeitsbedingungen das allernotwendigste knapp bekanntgegeben wird, können die Pflasterstein- und Schotterwerker erfahren, wie es augenblicklich um die Erneuerung des Reichsarbeitsvertrages in „ihrer“ Industrie steht.

Im Maschinen-Mechanismus lautet dafür der geläufige Fachausdruck „Toter Punkt“, der meistens sehr leicht durch einen gewissen Wackel, wenn auch nur kleinen Ausmaß am Schwungrad überwinden werden kann.

Dieser Zustand, vergleichsweise auf die ruhenden Verhandlungen über einen eventuellen Neuabschluss des Reichsarbeitsvertrages für die Pflasterstein- und Schotterindustrie übertragen, bedeutet demnach nur ein „Stopp“ und ist nicht gleichbedeutend mit einem Bruch. Ähnliche Situationen kommen in jeder Tarifverhandlung, manchmal sogar wiederholt vor. Man muß das mit in Kauf nehmen, weil es anscheinend zur Verhandlungstechnik gehört.

Dieser, jetzt durch beiderseitige Kündigung abgelassene Reichsarbeitsvertrag für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie war am 1. Januar 1920 nach 10 Jahren in Kraft, und als er in eingehenden gemeinsamen Verhandlungen zwischen den Tarifparteien vom 10. bis 12. September 1919 in Berlin als Rahmenvertrag geschaffen wurde, herrschte allerdings eine andere Verhandlungsatmosphäre wie heute, obgleich die wirtschaftlichen Aussichten damals auch durchaus nicht rosig waren. Für die beteiligten Arbeiterorganisationen und für den Unternehmerverband war in dem erstmalig geschaffenen Reichsvertrag ganz neu: die tarifliche Festlegung von Arbeiter-Urlaubstagen bei Fortzahlung des Lohnes. Ganz neu in der Zusammenarbeit mit den Pflastersteinindustriellen war ebenfalls der tariflich vorgesehene eigene Schlichtungsweg, der im Haupttarifamt ausmündete. Auf beiden Seiten der Tarifkontrahenten hat es sicherlich einzelne Personen gegeben, die, wenn auch jeder aus anderen Beweggründen, der Entwicklung bzw. der Einbürgerung dieser für die Pflasterstein- und Schotterindustrie neuen Tarifvereinbarungen gespannt entgegenstehen. Vielleicht so wie man den Ableger von einer Pflanze betreut, damit er Wurzel schlägt und sich dann entwickeln kann. Der neue Rahmenvertrag enthielt selbstverständlich noch andere Bestimmungen, die mit manchen alten Gewohnheiten in den Betrieben auftrüben. Wir erinnern nur an die früher übliche, zum Teil kostenlose Gestellung des eigenen Werkzeuges durch die Arbeiter und anderes mehr. Der Wert des damals neuen Reichsarbeitsvertrages lag auch darin, daß er als Rahmenvertrag Richtlinien und verpflichtende Bestimmungen enthielt, die in den Bezirkslohntarifen zur praktischen Auswirkung kommen und gewollt kommen sollten.

Nun liegt die Erfahrung aus 10 Jahren über diesen Reichsarbeitsvertrag vor, der allerdings 5mal gekündigt und ebenso oft nach vorausgegangenen Verhandlungen erneuert wurde. Dabei ist als

selbstverständlich anzupreisen, daß die gegenseitigen Erfahrungen immer die neuen Verhandlungen befruchteten und ihr auch sehr oft die Schärfe gaben. Daraus kann schon entnommen werden, daß die Erfahrungen aus dem Tarifverhältnis von den bisherigen Tarifkontrahenten oft gegenseitig verwertet werden. Denn was nach den Erfahrungen des einen sich als ungenügend geregelt herausgestellt hat (Ferien, Arbeitszeit, Alfordgrundlage) soll nach den Erfahrungen des anderen nicht nur vollständig genügen, sondern noch ungenügender gestaltet werden. Und was sich im Laufe der 10 Jahre tatsächlich nach offizieller Auffassung der beiderseitigen Tarifkontrahenten bis dato als praktisch erwiesen hatte, soll nun auf einmal nach Auffassung des einen Teils nicht mehr praktisch sein (Haupttarifamt). Diese sich widersprechenden Erfahrungen nach 10jährigem Bestehen des Reichsarbeitsvertrages haben ihren Grund im natürlichen Gegensatz zwischen dem Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft, also zwischen Arbeiter und Unternehmer. Dieser Gegensatz ist durch das bisherige 10jährige Vertragsverhältnis in keiner Weise gemildert worden. Auf Unternehmerseite wurde vor 10 Jahren beim ersten Abschluß dieser Hoffnung von einigen Ausdruck gegeben, doch wenn wir genauer hinschauen, dann haben gerade diese damals Hoffenden in dem verflochtenen „10-Jahre-Tarifvertrag“ recht wenig dazu beigetragen, um diesen natürlichen Gegensatz die scharfen Ecken zu nehmen. Die Folge davon ist, daß ganz allgemein die Arbeitskraft, ihre Schonung, ihre Aufrechterhaltung und ihre Erhaltung von den hier in Frage kommenden Unternehmern in der Pflasterstein- und Schotterindustrie noch genau so viel oder so wenig gewertet wird wie vor 10 Jahren. Man verstehe uns nicht falsch, indem etwa angenommen wird, wir hätten das Verschwinden des Gegensatzes durch den Reichsarbeitsvertrag erwartet, nein! Das nicht; aber wir hatten erwartet, daß in der angeführten Wertung der Arbeitskraft eine höhere Einsticht Platz gegriffen hätte. Das ist, wie gesagt, leider nicht der Fall; die bisher gepflogenen Verhandlungen zum Neuabschluss nach 10 Jahren geben davon Zeugnis. Nun kommen leider die äußeren Umstände, die augenblicklich in der Wirtschaftslage ihren Ursprung haben, denen zu Hilfe, die den eventuell neuen Tarif im Gegensatz zu den bisher gültigen nach dem Krebsgang ausgestalten möchten. Also rückwärts!

Ja, vor 10 Jahren war eine andere Verhandlungsatmosphäre. Die Arbeitslosigkeit durch Auftragsmangel war in der Pflasterstein- und Schotterindustrie so gut wie unbekannt. Von dem heutigen Ausmaß gar nicht zu reden. Nun wurde im Hinblick auf den früheren stabilen Arbeitsgelegenheitszustand die Formulierung der Ferienbestimmung gefunden und die Gewährung von Ferien von einer bestimmten jährlichen Arbeitsstundenzahl abhängig gemacht. Damit sollten auch jene getroffen werden, die in der Pflasterstein- und Schotterindustrie nur eine Nebenbeschäftigung suchten, wenn z. B. in der Landwirtschaft Ruhe war, sonst aber mit der Steinindustrie nicht verwaschen waren. Nun hat sich aber, wie jeder Industrieangehörige weiß, der frühere günstige und stabile Beschäftigungszustand vollständig ins Gegenteil verkehrt; folglich hat auch die Voraussetzungsformulierung für Ferien, die vor 10 Jahren eine gewisse Berechtigung hatte, heute jede Unterlage verloren. Das sehen leider die Unternehmer nicht ein, wollen es anscheinend nicht; obgleich die 10jährige Erfahrung in der Tatsache der vollständigen Verschiebung klar zutage liegt. Schmeichelhaft ist solches Beiseiteschieben von Tatsachen und Erfahrungen durchaus nicht für jene, die es belieben.

Vor 10 Jahren brauchten die Unternehmer, die als Tarifkontrahenten in Frage kamen, im eigenen Interesse eine feste Organisation, um ihre Preise, Lieferungsbedingungen, Transportvorschriften, Konkurrenz, Ausbau der Betriebe, Geltung bei Behörden und anderes mehr in ein bestimmtes Geleise zu bringen. Diese feste Organisation kam zustande; ohne Zweifel hat der Reichsarbeitsvertrag dazu beigetragen und nicht zuletzt durch die eigene berufliche Schlichtungsinstanz, die im Haupttarifamt das letzte Ventil besaß. 10 Jahre sind seitdem in den Schöpfung der Vergangenheit gerutscht, nun soll oder ist der Reichsarbeitsvertrag nicht mehr der Unternehmer-Organisations-Ritt und die eigene berufliche Schlichtungsinstanz, die sonst auf allen Unternehmertagen über Bohnenlied besungen wurde, besonders von den Arbeitgebern auch außerhalb der Steinindustrie, denen der staatliche Schlichtungsapparat ein Grauel ist, soll nunmehr überflüssig, nicht mehr tragbar sein. Ja, so wirken sich Erfahrungen auf der anderen Seite aus.

Nach unserer sozialistischen Auffassung hat bekanntlich alles Geschehen und Werden materiellen Untergrund. So auch hier! — Weil das Haupttarifamt durch seine Befugnis keine glatte Abwägung von Tarifstreitigkeiten in der Lohnauswirkung zuungunsten der Steinarbeiter war, deshalb ist es bei den Unternehmern auf einmal überflüssig. Das sind gewiß eigenartige Schlussfolgerungen nach den 10jährigen Erfahrungen aus dem Tarifvertragsverhältnis, die zu denken geben. Wir glauben sagen zu dürfen, daß diese Ansicht der anderen Seite noch einmal lauer aufstehen wird. Hier scheint uns, soweit die Tätigkeit und die Befugnis des bisherigen Haupttarifamts in Betracht kommt, das Sprichwort zuzutreffen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“

Bei allen anderen Tarifpositionen ist das Materielle ebenfalls immer der Anstoß zur gewünschten Aenderung; auf unserer Seite natürlich auch. Aber die wirtschaftlich Starken stehen auf der anderen Seite, und sie sind es, die die Arbeitskraft unserer Verbandsmitglieder immer benötigen. Wenn auch die gegenwärtige Lage den Unternehmern die Trümpe in die Hand spielt und dadurch das Spiel ungleich wird, so sollten aber die jetzigen Trumphauspieler nicht übersehen, daß sich das Verhandlungsfeld auch wieder anders gestaltet, denn die Wirtschaftslage in der Steinindustrie bleibt nicht wie momentan. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur noch an die Kleinlichkeit, mit der ein Teil der Unternehmer — nicht alle — unter Führung ihrer Syndici die Feriengewährung unter traffer Ausnutzung der veränderten Produktions- und Betriebsverhältnisse auslegten und anwendeten. Viel Zündstoff wurde dadurch angesammelt, der nicht zum Vorteil einer Industrie wirkt, die in der Hauptsache auf Aufträge öffentlicher Körperschaften angewiesen ist. Das sollte man auch

nicht übersehen, bei dem jetzigen Versuch, nach 10jährigen Erfahrungen den eventuellen Abschluß des Reichsarbeitsvertrages, den veränderten Berufsverhältnissen entsprechend, neu zu formulieren. Wir wissen wohl, daß ipisige Zeitungsartikel an der Sachlage nichts ändern, wir haben deshalb auch aus der Fülle der zu lösenden Fragen nur einige wesentliche herausgehoben. Tariffragen sind Konjunktur-, sind Machtfragen, aber nichtsdestoweniger Verständigungsfragen, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, an einem Stränge zu ziehen. Nach einem 10jährigen Vertragsverhältnis müßte das unter den Beteiligten nicht nur Allgemeinut sein, sondern sich auch so auswirken, daß dem wirtschaftlichen Schwachen bei dem gemeinschaftlichen Stranzziehen nicht die Hauptlast zufällt und ihnen wegen Nichtbeachtung ihrer Lebensinteressen die Lust und Kraft vergeht. Das sind nach 10 Jahren Reichsarbeitsvertrages in der Pflasterstein- und Schotterindustrie eigentlich sehr bescheidene Ansprüche, die allerdings nach dem Pfennig-Maßstab nicht gemessen werden sollten.

### Gewerkschaften und Parteien

Vorweg sei bemerkt, daß diese Zeilen nur geschrieben sind für Kollegen, die guten gewerkschaftlichen Willens sind, und nicht für jene, die die Gewerkschaftsdisziplin mit Hilfe der Parteidisziplin untergraben wollen, was ihnen leider in vielen Fällen schon gelungen ist. Die außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen ihnen dabei zugute, indem sie einfach für alle wirtschaftlichen Schäden, Missetaten und Unzulänglichkeiten „die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die sozialfaschistische Sozialdemokratie“ verantwortlich machen.

Wer die Ursachen der bestehenden Verhältnisse und die eigenen Kräfte und die der Gegner kennt, der weiß, daß der Macht der Organisationen Grenzen gezogen sind, über die sie trotz besten Willens nicht hinwegkommen, um so weniger, wenn die Schlagkraft durch Zerrüttung des inneren Zusammenhaltes, durch Besetzung der Disziplin vermindert wird.

Was würde die KPD machen, wenn ihre Mitglieder einen von den Gewerkschaften einberufenen gegen die KPD oder ihre radikalistischen Führer gerichteten Kongreß besuchen würden? — Sie würde die Teilnehmer ohne weiteres rauschmeißen, wie sie ja auch bisher ihre Opponenten kurzerhand rausgeschmeißen hat. Wir haben auch noch nie vernommen, daß sich ein Gewerkschafter (auch wenn er der KPD angehört) darüber aufgeregt hätte. Warum sollte er auch. Es ist das gute Recht und die Pflicht jeder Partei, aber auch jeder Gewerkschaft, ihre Reihen reinzuhalten von Querulanten und Schädlingen aller Art, ganz besonders aber dann, wenn sich ihr Treiben gegen die Disziplin ihrer Partei oder Gewerkschaft richtet.

Eine Partei oder Gewerkschaft kann noch so groß an Mitgliederzahlen und noch so reich an finanziellen Mitteln sein — Disziplinlosigkeit verurteilt sie zur Ohnmacht.

Weshalb richten sich denn die Gewerkschaften nur gegen Kapedisten und Hafentrenner? Weil sie nur von diesen bekämpft werden, während sie mit der SPD eine Kampfgemeinschaft verbindet. Ein geometrischer Lehrsatz sagt: „Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie untereinander gleich.“ Würde die KPD wie die SPD mit den Gewerkschaften an einem Stränge ziehen, dann wäre die Dreieinigkeit hergestellt und der Kampf gegen die gemeinsamen Gegner könnte mit viel mehr Erfolg geführt werden als jetzt, wo leider so viele Kräfte im nutzlosen und überaus schädlichen Bruderkampf verlorengehen — zur Freude und zum Nutzen unserer gemeinsamen Gegner.

So sonnenklar die Notwendigkeit und die Nützlichkeit eines dreieinigen Vorgehens ist, so würde ein solches aber auch die Überflüssigkeit und Schädlichkeit der kapedistischen Sonderorganisation auch für ihre eigenen Anhänger erweisen. Und um sich nicht preisgeben, muß sie den Anschein erwecken, radikaler zu sein als die „Reformisten“, was sie durch Stellung entprechend höherer Forderungen zu erreichen sucht. Fordern die „Reformisten“ 10 Prozent, so fordern die Kapedisten in möglichst „revolutionärer“ Aufmachung 20 Prozent. Das ist der Unterschied im Fordern, der doch gewiß nicht weltbewegend ist.

Fordern ist keine Kunst, und wenn es mit noch so aufgeblasenen Breden und Lungenflügeln geschieht. Ausschlaggebend ist nur der Erfolg.

Wo sind nun die kapedistischen Erfolge? Sie sind samt und sonders nur negativer Natur. In der Gewerkschaft bestehen sie in der Störung der Einigkeit, in der Untergrabung des Vertrauens der Mitglieder zu ihren selbstgewählten Führern, sowie in der Diskreditierung aller gewerkschaftlichen Einrichtungen, Handlungen und Ergebnisse. Dabei sind die gegen die „reformistischen“ Führer erhobenen Vorwürfe so sinnlos, daß, wenn man sie auf die Führer der Gegenseite anwendet, sie sofort auch von kapedistischer Seite als sinnlos erkannt werden müssen. „Bevormundung der Mitglieder durch die Führer.“ Wo findet eine größere Bevormundung der Massen durch ihre Führer statt als in der KPD. — Nirgends sonst! In der KPD herrscht eine uneingeschränkte Diktatur der Führer über die Mitglieder. Wer sich auch in den kleinsten Dingen nicht fügt, der fliegt. Wie anders vollzieht sich dagegen das Leben in den Gewerkschaften. In ihnen wird nach demokratischen Grundsätzen verfahren, die Mehrheit bestimmt über die Gesamtheit, wobei sich Zahlstellenmehrsheiten selbstverständlich der Gesamtmeinheit im Verbandsanmaß haben. Es möchte ein schönes Disziplin- und directionsloses Durcheinander geben, wenn jede Zahlstelle je nach ihren Mehrheitsverhältnissen unter Außerachtlassung der Gesplogtheit des Gesamtverbandes schalten und walten wollte. — Sogar „die Mäßigung mit Arbeitergroßen“ wird hin und wieder gegen die „reformistischen Bonzen“ ins Feld geführt, als ob die freigestellten Führer der KPD nicht gleichfalls besoldet würden. Dieser Vorwurf ist so dumm, daß er nur auf die Allerdümmsten Eindruck machen kann, insbesondere auf „Zwangsmitglieder“ und Unorganisierte. Letztere sind denn auch ein starker Aktivposten für die KPD. Und da die Dummen bekanntlich nicht alle werden, so braucht sie sich allzu

großer Befürchtungen wegen des Nachwuchses nicht hinzugeben. Zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz bleiben immer noch genug übrig.

Nun einiges zu den Erfolgen der Gewerkschaften. Sie sind das Produkt der jeweiligen Wirtschaft- und Machtverhältnisse. Sie könnten größer sein, wenn sie nicht im Kampf gegen rechts und links errungen werden müßten, wie „Verflechtungen“ erfolgreicher abgewehrt werden könnten, wenn ihre Abwehr gemeinsam erfolgte. In demagogischer Weise wird der SPD vorgeworfen, daß sie sich zur Mitbestimmung und Erreichung von Teilerfolgen mit bürgerlichen Parteien koalitiert, während die KPD, um sozialdemokratische Erfolge zu verhindern, diese lieber den Bürgerlichen zuschreibt, indem sie gegen ihre Klassengenossen stimmen. Auch ein Ausdruck des „Klassenkampfes“.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu dem Verhältnis der Gewerkschaft zur Partei. Bevor es eine KPD gab, wurde das geflügelte Wort geprägt: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Das traf natürlich nur in ideeller, nicht aber in organisatorischer Beziehung zu. Organisatorisch herrschte wie heute vollste Selbstständigkeit. Diesen Zustand wünscht nur die KPD zu beseitigen, indem sie die Gewerkschaft ihrer Partei unterordnen will. Da die Gewerkschaftsführer diese Unterordnung nicht mitmachen, soll sie „über die Köpfe der Führer“ erfolgen. Um ihren Standpunkt zu rechtfertigen, behaupten die Kapedisten, daß sich die Gewerkschaften bisher vor den SPD-Karren spannen ließen, obgleich sie wissen, daß das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD auf Gegenseitigkeit beruht. Doch Lüge, List und Verschweigen der Wahrheit gehören nun einmal zum unentbehrlichen Waffenarsenal der KPD, so daß man sich eigentlich über die Anwendung dieser Waffen nicht mehr zu wundern braucht. Sogar die KPD vor den Karren der Gewerkschaften spannen läßt, löwenartig tritt das auf die Gewerkschaften und umgekehrt auf die SPD zu. Nur die gemeinsamen Ziele führten Gewerkschaften und SPD zusammen. Von einer gegenseitigen Unterordnung kann gar keine Rede sein und ein solches Verhältnis kann auch zwischen KPD und Gewerkschaften nicht eintreten.

Zu einer gemeinsamen Tätigkeit gehören gemeinsame Bestrebungen, Hervorhebung alles Einigen, Zurückstellung alles Trennenden.

Entgegengesetzte Bestrebungen und Handlungen sind „Verrat an der Arbeiterklasse“. An der KPD liegt es also, sich dem von den Gewerkschaften und der SPD gemeinsam geführten Kampf anzuschließen. Nur auf die Weise kann sie den Beweis erbringen, daß sie den Klassenkampf nicht nur mit drehnenden Worten in die Welt hinausposaunt, sondern daß sie ihn auch Schulter an Schulter mit der Mehrheit der organisierten Klassengenossen zu führen versteht.

### Zweckmäßige Verteilung und Beschaffung öffentlicher Aufträge für die Steinindustrie

Das Landesarbeitsamt Bayern hatte zum 28. Januar, und das Landesamt Brandenburg zum 30. Januar, verschiedene Körperschaften zu einer Aussprache über die überstrittlich genannten Aufgaben eingeladen. Erschienen waren beim ersten Vertreter von 3 verschiedenen Staatsministerien, 3 Vertreter der Landesfinanzämter, einige Vertreter der Handwerkskammer Oberbayerns, des bayerischen Gewerkschaftsbundes, sowie je ein Vertreter der Auftragsbeschaffungsstelle der Reichsbahn, der Reichspost, der HAW und der Städte München und Nürnberg. Außer dem Zentralverband der Steinarbeiter war ferner der Ortsausschuß des ADGB und die bayerischen Unternehmerverbände durch fünf Herren vertreten.

Der Einladung des Arbeitsamtes Brandenburg war gefolgt, der Provinzialverband Brandenburg, der deutsche Landkreistag, der deutsche und preussische Städtetag, der Reichsstädtebund, die Reichsbahn, sowie je ein Vertreter der Berliner Verkehrs-AG und des Berliner Magistrats.

Einleitend wurde bei der ersten Aussprache darauf hingewiesen, daß diese auf Veranlassung des Herrn Reichsarbeitsministers und auf die Eingabe des Zentralverbandes der Steinarbeiter zurückzuführen sei. Das Reichsarbeitsministerium wünscht eine bessere Regulierung der öffentlichen Aufträge. Anschließend gab der zuständige Referent des Landesarbeitsamtes Herr Oberregierungsrat Dollschel einen Überblick über die

Allgemeine Arbeitsmarktlage, sowie über die der Industrie der Steine und Erden im besonderen. Die katastrophale Entwicklung der Arbeitslosigkeit kam dabei besonders zum Ausdruck. Er betonte auch die von uns in der Eingabe aufgestellten Forderungen sowie die vom Landesarbeitsamt bisher unternommenen Maßnahmen und betonte besonders, daß nur arbeitsmarktpolitische Gründe der Beweggrund des Handelns war. Es liegt dem Landesarbeitsamt daran, alle öffentlichen Aufträge zu erfassen und auf deren gleichmäßige Verteilung hinzuwirken. Ein Einwirken auf die Auftragserteilung für einzelne Firmen, was wiederholt befürchtet, komme nicht in Betracht. Teilt hierzu ferner noch mit, daß die Reichsbahn 390 000 Tonnen als Nachtrag für 1929 und 170 000 Tonnen für 1930 auf ihre Bemühungen hin vergeben hat.

Von unseren Vertretern wurde neben der gleichmäßigen Auftragserteilung eine verstärkte Förderung des Steinstraßenbaues durch Bereitstellung von Mitteln, die Anerkennung der Produktivität des Straßenbaues, vermehrte Auftragserteilung, eine Bevorzugung des Steinstraßenbaues sowie stärkere Verwendung von Werksteinen bei den öffentlichen Bauten gefordert. Das aufgestellte Straßenbauprogramm Bayerns, das in zehn Jahren eine Befestigung von 400 Kilometern in hochwertigen Decken (Kleinstpflaster, Beton und Walzaspalt) vorsieht, entspricht in keiner Weise dem außerordentlich reichen und erstklassigen Gesteinsvorkommen Bayerns. Der Bau der künstlichen Straßendecken, in dem Bayern, trotz seines Steinreichtums, führend sei, müsse aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der heimischen Industrie und deren Arbeiter zurückgedrängt werden. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, daß bereits vor zwei Jahren eine Landtagsdeputation den Bayerischen Wald bereiste, um die dortige Industrie zu beheben. Die Einlösung dieses Versprechens wurde gefordert.

Sehr warm für vermehrte Auftragserteilung sprach sich ein Vertreter der oberbayerischen Handwerkskammer aus und betonte, daß für die Steinindustrie zweifellos eine Notlage vorliege, die die Bauauftraggebenden Körperschaften trotz der Geldknappheit zur Bringung eines Notopfers verpflichte. Er wünscht ebenfalls, daß der Steinstraßenbau eine Bevorzugung vor dem Walzaspalt erhalte, was auch aus hygienischen Gründen erforderlich ist, da nach medizinischen Gutachten der durch die rotierende Bewegung des Autoreifens erzeugte Asphaltstaub ein gefährlicher Träger der Tuberkulosebazillen ist. Recht temperamentvoll wendet er sich ferner gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht, der durch seine Methoden wesentlich zur Knebelung der Wirtschaft und damit zur jetzigen großen Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Er verlangt weiter verstärkte Verwendung von Werkstein und berichtet dabei, daß sie bemüht sind, die dafür beim Wohnblock der Münchener Wohnungs-fürsorge A.-G. vorgeesehenen 40 000 Mark wesentlich zu erhöhen. Der Vertreter der Stadt München weist darauf hin, daß die Abstellung der Arbeitslosigkeit in erster Linie Aufgabe des Reiches sei. Er erklärt sich aber bereit, an jeder für die Stadt brauchbaren Maßnahme mitzuwirken und will in diesem Sinne auf den Magistrat einwirken.

Der Vertreter der Reichspost, Ministerialrat Böfeler, bringt zur Kenntnis, daß sich der bayerische Industriellenverband gegen Winteraufträge ausgesprochen hat, trotzdem die Post bisher gute Erfahrungen damit machte. Er erklärt weiter, daß ihr für Hochbauten 3 Millionen zur Verfügung stehen und will sich hierbei dafür einsetzen, daß auch Steinhauerarbeiten Berücksichtigung finden.

Herr Direktor Wölfel vom bayerischen Steinindustrienerband betonte gleich uns die Notlage der Industrie. Er glaubt nicht, daß durch diese Aussprache der Steinindustrie eine Erleichterung zuteil wird und wendet sich gegen die von uns geforderte Einschränkung der Ueberzeitarbeit, ohne die angeblich die Steinindustrie nicht auskommen kann. Bei dieser Gelegenheit konnte er sich eine Axtade gegen die Arbeitslosenunterstützung nicht verkneifen, durch die, nach seiner Ansicht, die Arbeitnehmer zur Arbeitsunlust erzogen werden. Die Ausführungen, die dabei gemacht wurden, paßten durchaus nicht in den Rahmen der gepflogenen Aussprache. Sie sind nur zu entschuldigen durch die Gesetzesunkenntnis des Herrn Direktor Wölfel und die ihm anhaftende grundsätzliche Abneigung gegen diesen Versicherungszweig, die jede soziale Einstellung für die Opfer der verkehrten Wirtschaft vermissen läßt. In einer solchen Aussprache nennt man die Argumentation, wie sie der genannte Herr Direktor beliebt, „einen Berserger!“

Das Ergebnis der Aussprache zusammenfassend, betonte der Vorsitzende sowie dessen Sachreferent nochmals, daß auch die Aussprache

gezeigt habe, daß sich verschiedene unserer Wünsche verwirklichen lassen. Sie eruchten beide, das Mögliche zur Arbeitsbeschaffung zu unternehmen. Das Landesarbeitsamt wird ferner die als Mutter vorliegenden Fragebogen in Zukunft zweimal, und zwar im Frühjahr und Herbst, an alle in Betracht kommenden Körperschaften herausgeben, um eine gleichmäßige Auftragserteilung durch die vor-dringlichen und die ausschließbaren Arbeiten zu ermöglichen.

Der Herr Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg hob bei seiner Einleitung ebenfalls hervor, daß sich das Landesarbeitsamt bereits seit Oktober 1929 mit der Arbeitsbeschaffung beschäftigt und daß sich der Zentralverband der Steinarbeiter dieser Frage besonders angenommen habe. Er habe deshalb auf Grund unserer Eingabe gerne diese Sitzung einberufen und auch den vorgenannten Körperschaften unsere Forderungen zugelegt, von denen seiner Ansicht nach ein Teil verwirklicht werden kann. Er hebt hierbei besonders den Vorrang auf das laufende Haushaltsjahr, die gleichmäßige Arbeitsverteilung und die Bevorzugung des deutschen Materials sowie eine stärkere Verwendung des Werksteins hervor.

Von unseren Vertretern wurden die bereits in der Eingabe gestellten Forderungen begründet, denen sich der Vertreter des Reichsverbandes für die Pflasterstein- und Schotterindustrie anschloß. Der Vertreter des Städtetages berichtet, daß die angeschlossenen Stellen bereits von der katastrophalen Notlage der Steinindustrie unterrichtet sind und ihnen eine Auftragserteilung dringend empfohlen wurde. Die Städte seien aber andererseits sehr skeptisch, weil im Winter 1927/28, in dem sich die Industrie in der gleichen Lage befunden habe, die Städte Aufträge bereitgestellt, die in die Millionen gingen, dabei aber wenig Verständnis bei der Industrie fanden. Die Industrie hätte Preise gefordert, die für die Städte untragbar waren! Die Produktivität des Straßenbaues wird von ihr und allen übrigen Vertretern anerkannt. Sie wünschten alle, daß der Widerstand des Reichsbankpräsidenten gegen eine Auslandsanleihe endlich ausgehen wird. Bezüglich des Auslandsmaterials verweist er darauf, daß nicht nur dieses, sondern auch deren Frachten billiger sind. Er wünscht daher eine Ermäßigung der Frachtsätze für Steinmaterialien, damit diesem Wunsche mehr als bisher entsprochen werden kann.

Wechnlich berichten die Vertreter des Landkreistages und des Reichsstädtebundes, die sich noch gegen die drückenden Bedingungen bei Darlehen für Koststandsarbeiten wenden. Sie wünschen zur Erleichterung von Koststandsmaßnahmen eine Verlängerung der Laufdauer und eine Senkung des Zinsfußes. Weiter wird betont, daß sowohl die Provinz Brandenburg als auch die Kreise unseren Bestrebungen bereits weitestgehend entgegenkommen. Auslands-material wird von ihnen nicht bezogen! Aufträge für das nächste Jahr sind bereits in Auftrag gegeben. Auch die Provinz Pommern will einen Auftrag von 150 000 Pflastersteinen in Auftrag geben, wenn es gelingt, die Reichsbahn zu bewegen, der sächsischen und schlesischen Steinindustrie einen Vorzugstarif für ihre Produkte nach den Ostprovinzen einzuräumen.

Der Vertreter der Stadt Berlin erklärte ebenfalls, daß sie bereit sind, Mittel und Wege zu suchen, um die zurückgestellten Hoch- und Tiefbauarbeiten, die einen Wert von 20 Millionen haben, weiterzuführen. Der Reichsbahnreferent erklärte, daß sie Aufträge erteilt hätten, er will auch unsere Wünsche auf vermehrte Werksteinverwendung bei Brücken usw. an seine oberste Behörde weiterleiten. In der Zusammenfassung der verschiedenen Ausführungen wies der Herr Präsident des Landesarbeitsamtes darauf hin, daß die Landeshauptleute der Ostprovinzen in Denkschriften für erhöhte Bereitstellung von Mitteln zum Straßenbau eingetreten. Er wünscht, daß sie hierbei von Industrie und Arbeiterklasse entsprechend unterstützt werden. Er erklärt sich weiter bereit, dafür einzutreten, daß bei Koststandsarbeiten Vorkäufe zur Beschaffung von Baumaterialien schon vorher gemährt werden.

Zusammenfassend darf auf Grund dieser beiden Aussprachen festgestellt werden, daß ein großer Teil der bauauftraggebenden Behörden den ernstlichen Willen hat, der Industrie entgegenzukommen, soweit es ihre finanziellen Verhältnisse erlauben. Unsere Bemühungen auf Arbeitsbeschaffung und deren gleichmäßige Verteilung werden nicht ganz resultatlos bleiben. Die Früchte davon fallen allerdings nicht nur den Kollegen, sondern zum größten Teil den Unternehmern zu, deren Verständnis dafür dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie, veranlaßt durch die augenblicklichen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse, den Reichsarbeitsvertrag wesentlich verschlechtern zu wollen. W.

### Aus dem Wetterwinkel



Man kann nicht als Steinklopfer, der von der Welt einiges gesehen hat, dauernd in seinem kleinen Neste hocken, in dem die Einwohner größtenteils mit den Hühnern schlafen gehen. Leider können nur ganz wenige von diesen Steinklopfern einmal vorübergehend ihr Sehnsucht stillen, um dort auf- und unterzutauchen, wo der Verkehr tütel, rattert und flutet, wo er ohne Unterlaß bis spät in die Nacht braust und wo die Menschen, ohne sich um den anderen groß zu kümmern, aneinander vorüberziehen. — Das ist die Großstadt!

Die Tageszeitungen, selbst wenn sie aus der Großstadt berichten, überhaupt von dort herkommen, können einem interessierten Dorsteufel — so werden die Steinklopfer oft bislig bezeichnet — nicht das pulsierende Leben dieser Verkehrszentren zeigen und können noch viel weniger das Verlangen zum Miterleben und Sehen befriedigen. Auch eine gelegentliche billige Sonntagsfahrt hin und zurück bringt das nicht. Das Brausen und Halten der Großstadt muß schon an einem Wochenarbeitsstag angeschaut und erleben werden, denn der Sonntag gibt der Großstadt immer ein ganz anderes, mehr ausgeglicheneres Gesicht, etwa so wie ein Mensch ausschaut, der nach vieler Tage Mühen endlich einen wirklichen Ruhetag bekommt.

Aus diesen Erwägungen heraus beschloß ich nach einigen energischen Hammer schlägen auf die Steinbroden, zwei Wochentage, an denen ich sowieso wegen Materialmangels aussetzen mußte, in der nahen Großstadt zu verbringen. Diese Tage ließ ich auf meine 6 Ferientage des Jahres 1930 anrechnen. Somit bekomme ich sogar für diesen zwitragigen Großstadtbummel, denn weiter sollte es auch nicht sein, noch — Arbeitslohn. Das ist eine feine Sache; vor etwa 15 Jahren wäre das nicht möglich gewesen, und wer solches verlangt hätte, dem wäre sicher nach dem Puls gefühlt worden oder nach der heißen Sitze. Mein Straßenmeister, das ist der Vorgesetzte, der mich auch meistens aufsucht und kontrolliert, hat das dann so geschoben oder eingelenkt, und wie man sich natürlich denken kann mit einer harmloseren Begründung wie oben. Und an einem schönen Wintermorgen mit Frühlingssonne konnte ich auf dem Großstädtischen Hauptbahnhof die Holzklasse — früher 4. Güte — verlassen und mich sehens- und lebenshungrig von Großstadtdrom treiben lassen.

Was nun bei mir auf diese Art zu machen geht, kann durchaus nicht jeder andere Steinklopfer, das weiß ich selbstverständlich nur zu gut, schon allein nicht wegen der viel verknoteten Bindung an Haus und Herd und nicht zu übersehen, wegen des gewichtigen Mitbestimmungsrechts, das aus dieser Bindung hergeleitet wird. Solche Einwände müssen bei vielen Steinklopfern sehr oft widerspruchslos hingenommen werden, ungefragt so wie früher beim seligen Kommich ein Felsbesprechung. Meine Bindung dagegen hat keine unlöslichen Knoten aufzuweisen, noch weniger sind bei mir Einsprüche dieser Art zu befürchten, die ich zu respektieren hätte. Also da hängt's bei mir nicht. Trotzdem bleibt mir ein freudiger Juchzer darüber dennoch im Halse stecken, das diene jenen zur Beruhigung, die etwa Reidanwandlungen bekommen wegen dieser meiner Freiheit.

Diese zwei Erlebnis- und künstlichen Ferientage sind nun wieder vorüber und verschiedene Haufen von Schottersteinen hat mein unermüdlicher Hammer bereits wieder geschlagen. Die Großstadt mit

ihrem lauten und stillen Getriebe lebt bei mir nun so lange in Erinnerung weiter, bis sie mich auf kurze Zeit wieder anzieht. Einfluchten will ich hierbei noch, daß man sich ziemlich zusammenreißen muß, um in der Großstadt bei einem Bummel nicht sofort als Propingler aufzufallen. Das äußert sich schon beim Ueberfahren der Straßen, wenn man sich wie ein Schlangengemisch zwischen dem Autoverkehr hindurchringelt oder wenn man ein Verkehrsmittel benutzt und dabei gar auf- oder abspringen will. Und doch kommt schneller wie angenommen in dem Hasten und Zagen, in all dem Großstadt-Trubel die Ernüchterung, und man atmet tatsächlich auf, wenn man in seinem kleinen Ort mit dem engen Horizont, dem stillen Bahnhof und den unbefindeten Gassen wieder angelangt ist. In der Großstadt ist man nichts, ist eine Null. Im Dorf jedoch ist man „wer“, ohne dort eine Art Hauptling zu sein. Hier grüßt man sich gegenseitig zu jeder Tageszeit, weil man sich kennt, meistens sogar besser kennt, als einem oft lieb ist. Doch das ist ja nun einmal so in den kleinen Orten. Angeblick soll die gegenseitige Topfguderei auch ihr Gutes haben, obgleich ich das noch nicht erwidern konnte. Doch ich will darüber jetzt nicht philosophieren, denn überall hört man nur Klagen über schlechte Geschäfte. In unserem kleinen Ort klagen nächst den Landwirten und Schankwirten die darin „Meister“ sind, sogar die kleinen Lütchenkrämer, daß nichts verdient wird, sie immer zusehen müssen usw. Dabei ist bei uns durchaus kein Geschäftszuwachs gekommen und es wird heute noch genau wie früher, die gleiche Menge Margarine, laure Gurken, Brot und Schmirzenteil gekauft wie früher und gewogen wird keinesfalls besser. Klagen und Jammer scheint heute eine Art von Geschäftsseuche zu sein. Am wenigsten klagt der Arbeiter, der kümmerlich von der Hand in den Mund lebt, und der wirklich Grund zu klagen hätte.

Soweit die vielen offenen, großen und kleinen Geschäfte in einer Großstadt in Frage kommen, muß man sich allerdings wundern über ihre Existenzmöglichkeit. Mögen einzelne auch tatsächlich nur vegetieren, die Mehrzahl hat aber sicher ihre autömmliche Existenz; auf alle Fälle autömmlicher und besser als die Steinklopfer sie haben. In der Großstadt ist Haus an Haus ein Geschäft, sogar die Kellerräume sind zu diesem Zweck ausgenutzt und durchweg ist alles billiger als bei unseren Lütchenkrämer. Das habe ich kürzlich einem unserer Zimmerfristen mit aller Deutlichkeit vorgezeigt, da bekam er das Schielen und die Maulspitze dazu, aber eine Erklärung konnte er nicht finden.

Einfach sehenswert für einen Dorfling ist die abendliche Lichtreklame in der Großstadt; wirklich märchenhaft sehen dann die Hauptstraßen aus. Auf diesem Gebiet wird seit einigen Jahren erstaunliches geleistet. Solche Reklame kostet in Anlage und Unterhalt sicher sehr viel Geld. Ein einfaches Rechenexempel nach dem eigenen häuslichen Stromverbrauch gibt einigermaßen Anhalt. Bezahlen muß das schließlich doch wohl der Warentäufer? — Bei dieser Reklame treibt ein Geschäft das andere, jeder will, ja muß mitmachen und im Warentpreis wirkt sich das ganz gewiß wieder aus — armer Konsument!

Dann gib's noch eine Art Reklamerrummel, der zum Kaufen auffordert und sich dabei gewichtig auf wissenschaftliche Gutachten stützt. Man liest: „Eht Fische! billige und gute Nahrung!“ Das habe ich nun nicht etwa aus Neugier, sondern wegen der bombastisch gepriesenen Billigkeit getan, nur kostete so ein „billiges Fischgericht“ mindestens genau soviel wie eine gute Hausmannskost und nach höchstens zwei Stunden verspürte ich einen Bärens Hunger. Für einen Arbeitermagen ist das ein recht ungemütlicher Zustand. Andere Schilder fordern: „Eht Obst!“ dabei kostet so ein verukhelter Apfel 10 bis 20 Pf., 4 Stück gehen auf ein Pfund von 40 bis 80 Pf. und man hat noch nicht einmal die Gewähr, daß sie innerlich nicht

faul sind. Solche Ausgabe kann kein Steinklopfer sich leisten, also gilt die allgemeine Aufforderung nur für die besseren Geldverdiener. Andere Reklamen lauten: „Eht Gemüse“, „Trinkt Milch“, „Eht Roggenbrot, weil gesund und bestmöglich!“ So geht das in einem fort, bald in dieser, bald in jener Form. Ueberall erweckt es den Anschein, als seien die Produzenten und die Verkäufer nur auf das Wohl der Käufer bedacht. In Wirklichkeit handelt es sich immer nur um den heizhaften Griff in des Käufers Geldbeutel.

Ein anderer Eindruck bleibt noch aus der Großstadt haften, das sind die unzähligen Kneipen, sogenannte Restaurants. Jedes 10. Haus im Durchschnitt zeigt eine Kneipe; manche sind für bessere Leute, doch die Mehrzahl sind ganz gewöhnliche „Beizen“. Aber leben können sie alle, und alle tun, als wollten sie nur ganz allein das Wohl der dürftigen und hungrigen Seelen beiderlei Geschlechts, die da mit Zweck und ohne Zweck in der Großstadt-Weltgeschichte herumlaufen und herumstolzieren.

Man merkt in der Großstadt — im Zahlenwert gesehen — auch vor allem die ungleiche Größe zwischen dem weiblichen und männlichen Geschlecht. Das erstere überwiegt bedeutend und hätte ich nicht so stark gebremst und abgemunt, wäre ich vielleicht als Patscha wieder zurückgekommen, womit ich daheim natürlich großes Aufsehen erregt hätte. Vorgenommen habe ich mir aber doch, daß ich beim künftigen Großstadtbesuch mein grünes Hüt'l nicht wieder aufsehe. Es übt tatsächlich eine merkwürdige Anziehungskraft aus, die mir in Gesprächen angedeutet wurden: Agrarier, Ueberbleibsel von „Grüne Woche“, Provinzkontel usw.

Zu guter Letzt bin ich dann noch in eine Versammlung hineingeraten, bei deren Eröffnung gesagt wurde, daß etwa anwesende Juden das Lokal recht schnell zu verlassen hätten. Es waren keine da, denn niemand erhob sich. Als ich aber darüber laut lachte, so wie ein richtiger Dorsteufel, sagten mich einige am Kragen und ich war, trotzdem ich kein Jude bin, schneller draußen als ich dachte. Zu meinem Verger, vielleicht auch zu meinem persönlichen Vorteil patrouillierten vor dem Lokal einige Schupoleute umher, sonst hätte ich mit den Hinauswerfern sicher noch gerauft. Nächstemal nehme ich jedoch auf alle Fälle meinen langstieligen Steinklopferhammer mit, der hält nicht nur genügend Abstand, er trifft auch immer.

Das Vorstehende sind gewiß nicht alle Großstadt-Erlebnisse und Eindrücke während der zwei Tage. Vielleicht schreibe ich von dem anderen noch gelegentlich. Manches ist freilich dabei, über das nicht geschrieben werden kann, weil das anderen die Erlaubnis zum Fahren doch sehr erschwert, und aus der Schule plaudern ist nicht Sache des Steinklopfer-Hannes.

### Erprobter Rat

Magst Du wissen, wann Du sollst gesellig Und wann einsam sein? Willst Du Freude, suche Menschen, Willst Du Glück, so bleib' mit Dir allein. Wiße, wann Dein Wert am schönsten Und am reinsten mag gedeihn: In der Arbeit suche Menschen, Doch im Schlaf bleib' mit Dir allein. Wie's auch jeder hält nach seiner Weise, Lasse uns gesagt Dir sein: In Du hastest, meine Menschen, Wenn Du liebst, bleib' nicht mit Dir allein.

F. R. Rosegger.

## Ein Jahr alt!

Am 11. Februar 1930 jährte es sich zum erstenmal, daß die 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, mit Wirkung vom 1. Januar 1929, erlassen wurde und neben anderen Berufskrankheiten nunmehr „Schwere Staublungenenerkrankungen (Silikose)“ der Sandsteinarbeiter, Metallschleifer, Porzellanarbeiter und Bergarbeiter erfaßt. In Verbindung damit steht noch die Erläuterung:

„Trifft eine schwere Staublungenenerkrankung mit Lungentuberkulose zusammen, so gilt für die Entschädigung die Tuberkulose als Staublungenenerkrankung.“

Wie gefagt, ein Jahr alt ist diese, von den durch Staublungenenerkrankungen heimgeführten Arbeitern mit großen Hoffnungen erwartete Verordnung; denn sie brachte in ihrem § 12 eine großzügig anmutende Rückwirkung bis zum 31. Dezember 1919, soweit die Entstehung der Staublungenenerkrankung durch berufliche Beschäftigung verursacht ist.

Wer das nun unbefangen liest und die Geschäftspraktiken der Berufsgenossenschaften und die den Versicherten gerade nicht angenehme berührende Schwerfälligkeit der Sozialversicherungsinstanzen nicht kennt, der muß annehmen, daß die berufskranken Arbeiter sehr gut betreut sind. Wer jedoch das Angeführte kennengelernt hat, der weiß zur Genüge, daß jeder einzelne Kranke um die ihm gesetzlich zustehenden Rechte schwer ringen und daß er vor allem sich mit sehr großer Geduld und Ausdauer wappnen muß, um seine Ansprüche anerkannt zu sehen. Das gilt ganz allgemein!

Fragen wir nun im besonderen, ob die Handhabung der Verordnung den durch Staublungenenerkrankung schwer heimgeführten Sandsteinarbeitern das Erhoffte gebracht hat — dann kann leider nicht mit einem frohen „Ja!“, wie wir es gern täten, geantwortet werden. Die einzelnen Bergwerks-Berufsgenossenschaften und die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft weitestens in der Auslegung und in der Anwendung der Verordnung, um die Ansprüche der Versicherten abzuwehren. Bei Schaffung der Verordnung hat der Reichsrat der deutschen Republik den Berufsgenossenschaften leider dazu eine starke Handhabe gegeben, indem auf seinen Beschluß, wahrscheinlich auf Anregung einer besonders interessierten Seite, vor „Staublungenenerkrankungen“ das Wort „schwere“ eingefügt wurde. Dieser Begriff „schwere“ ist theoretisch allerdings festgelegt, aber in der Praxis wird der Begriff in unheimlicher und aufregender Weise für die Versicherten von den Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzten zurechtgetrieben.

Ähnlich wird mit einer verblüffenden Unvorsichtigkeit verfahren in der Auslegung der Rückwirkung bei der Entstehungsursache. Hat der Versicherte, der auf Grund seiner jetzigen Staublungenenerkrankung Ansprüche erhebt, vor dem 31. Dezember 1919 eine Erkrankung gehabt, die nur irgendwie mit den Atmungsorganen in Verbindung zu bringen ist, dann wird der Antrag auf Rente von der Berufsgenossenschaft glatt abgelehnt und die eventuelle Entschädigung durch das Berufungsrecht des Versicherten und durch Hinweis der Berufsgenossenschaft einfach der höchsten Instanz im Reichsversicherungsamt, dem „Senat für Berufskrankheiten“, zugeschoben. Die im sonstigen Unfallrentenverfahren vorgehene Zwischeninstanz — das Oberversicherungsamt — also überprüfungen!

Diese Praxis hat für die Versicherten, die durchweg nichts zu brechen und zu heilen haben, den Nachteil, daß sie bis zur Erledigung durch die oberste Instanz keinen Pfennig Rente bekommen. Das ist jedenfalls auch der Wille der Berufsgenossenschaften. Während andererseits durch eine Entscheidung des Oberversicherungsamtes, unbeschadet der evtl. Berufung an den Senat des Reichsversicherungsamtes, die vorläufig zuerkannte Rente von Tage des Entstehens an, von der Berufsgenossenschaft an den Versicherten gezahlt werden muß. In diesem Falle hält die Berufsgenossenschaft nur die Rente für die zurückliegende Zeit fest. Mit einer solchen Erledigung wäre den notleidenden Berufskranken vorerst natürlich schneller geholfen. Bei der jetzigen Praxis und Werbung aber wartet ein großer Teil unserer kranken Kollegen beinahe schon 4 Jahre auf die endgültige Regelung und mancher von ihnen beißt vorher ins Gras, sicher mit einem Fluch auf die ihm durch die vorstehenden Maßnahmen vorenthaltene Rente.

Wille des Gesetzgebers war diese Handhabung gewiß nicht; das ist nur auf die Methoden der Berufsgenossenschaften und auf den immer langamer trabenden Amtsschimmel in den entscheidenden Instanzen zurückzuführen! Bedauerlicherweise trifft es in diesen Fällen gerade die Schwerkranken unter den Sandsteinarbeitern.

Unser Verbandsvorstand hat in Nr. 5 des „Steinarbeiter“ die in Frage kommenden Zahlstellen in einer Bekanntmachung gebeten, bestimmte Fragen zu beantworten. Je schneller und lückenloser das geschieht, um so eher können wir diese Unterlagen bei den in Frage kommenden Ministerien verwerten, und zwar bei dem Versuch, eine Veränderung in der Auslegung und der langwierigen Anwendung der Verordnung herbeizuführen.

Wenn diese 2. Verordnung auch erst ein Jahr besteht, und die Beurteilung der Staublungenenerkrankung immerhin einer gewissen Erfahrung bedarf, so ist dennoch die Haltung der hier in Betracht kommenden Unfallberufsgenossenschaften abwegig, weil sie ganz einseitig nur ihre Ausgaben schützen wollen. Die Hilfe der Versicherten scheint ihnen von untergeordneter Bedeutung zu sein und indirekt werden, durch das Hinauszögern der entscheidenden Instanz im Reichsversicherungsamt, diese Berufsgenossenschaften in ihren Maßnahmen leidet gestützt und bestärkt. Die Berufskrankten, also die Versicherten, zu deren Hilfe die Verordnung erlassen wurde, sind mit Recht empört über diese Handhabung; sie können verlangen, daß mit Rücksicht auf ihre erbärmliche Lage mindestens schneller gearbeitet wird. Eine „Fata Morgana“ soll die Auswirkung der Unfallversicherung für die Berufskrankten doch nicht werden? —

Durch die vorstehenden Ausführungen werden unsere Kollegen nochmals informiert, wie die Sachlage steht. Es ist zweifellos zu begreifen, wenn einzelne recht ungeduldig werden und sagen, „überall wird der Arbeiter an die Wand gedrückt“, aber irrig ist zu glauben, daß es nur bestimmter Maßnahmen des Verbandsvorstandes oder der Rechtsstelle des UOB. bedürfe, um hierin eine Änderung herbeizuführen. Leider steht eine Entscheidung des Senats über alle die schwebenden Rekursfälle noch aus und wir geben uns hierin durchaus nicht der Hoffnung hin, daß der Spruch „Was lange währt wird gut!“ zur Geltung kommt. Wissen wir doch zur Genüge, daß es noch vielerlei Kraftanwendung bedarf, um die durch Beschluß des Reichsrates verurteilte und durch die Werbung der Berufsgenossenschaften eingetragene Verordnung so zu gestalten, daß sie den Ansprüchen der Sandsteinarbeiter, die der Berufskrankten überhaupt, gerecht wird. Dazu ist vor allen Dingen nötig, nicht erst dann den Verbandsvorstand um Rat anzugehen, wenn eine Sache durch „operieren auf eigene Faust“ verquirlt ist. Die sachgemäße Vertretung in allen berechtigten Fällen vor der höchsten Instanz durch die Rechtsstelle des UOB. ist jedem Verbandsmitglied sicher, kann einfach nicht entbehrt werden. Doch nun die Hoffnung infolge der Langwierigkeit aufgeben, ist keines organisierten Kollegen würdig. Um die Rechte wird bis zuletzt gekämpft; der Verband steht dabei jedem helfend zur Seite.

## Lehrlingsüberschuß?

Zu dieser Frage schreibt uns ein Hamburger Kollege (H. R.), nachstehende Zeilen, die er veröffentlicht wünscht.

Viele Kollegen fragen sich immer wieder, woher es kommt, daß wir so viele Lehrlinge haben und die Alten keine Arbeit. Mit dieser Frage sich zu beschäftigen, lohnt sich.

Jedes Jahr verlassen über hunderttausend Kinder die Schule, um ins Erwerbsleben zu treten. Alle diese Kinder werden vor die Berufswahl gestellt und jedes dieser jungen Menschenkinders möchte gern einen Beruf erlernen. Soweit die Eltern in der Lage sind, dieses durchzuführen, wird das gern gestattet, aber vielfach heißt es: „Du mußt erstmal Geld verdienen, damit du uns unterstützen kannst!“ Trotzdem wird es den übrigen jungen Leuten schwer, eine Lehrstelle zu finden. Ueberlaufen in dieser Beziehung wird allgemein das Baugewerbe, Steinsetzer usw. In diesen Berufen wird ja „viel Geld verdient“, das zieht und das will ja jeder gern. Dennoch laufen mehr ungelernete Arbeiter als gelernte in der Welt umher. — Haben wir nun zuviel Lehrlinge? Nein! nicht zuviel Lehrlinge, sondern zu wenig Arbeitsmöglichkeiten! Woher kommt das? Durch die Rationalisierung, die eine gesteigerte Arbeitsleistung mit sich gebracht hat, sind eine Unmenge Arbeitslose geschaffen worden. Dann ist eine Abkühlung eingetreten, wie wir seit langem nicht hatten. Der Erwerbslose hat kein Geld, um etwas zu kaufen, folglich muß die Wirtschaft herunterkommen und der Pleitegeier hat Arbeit wie in Berlin und anderen Gemeinden. Ueberall werden die Mittel für öffentliche Arbeiten eingeschränkt oder ganz zurückgezogen, auf die unsere Berufe (Steinindustrie, Straßenbau, Baugewerbe) fast ausschließlich angewiesen sind. Es werden da ganz ungläubliche Einschränkungen vorgenommen, was sich in absehbarer Zeit noch rächen wird. Daß wir als Gewerkschafter andere Mittel propagieren müssen, um diesen Vorgängen Einhalt zu tun, ist wohl selbstverständlich. Durch die Arbeitslosigkeit hat der Unternehmer keinen so großen Schaden wie der Arbeiter. Die Arbeiten, die in dieser Jahreszeit auszuführen sind, werden zum großen Teil mit Lehrlingen erledigt, während die Gesellen stempeln gehen. Dennoch darf uns das nicht veranlassen, auf die Lehrlinge und ihre Zahl zu schimpfen. Wir wollen uns doch klar darüber sein, daß kein Lehrlingsüberschuß vorhanden wäre, wenn eine vernünftige, den proletarischen Interessen genügende Wirtschaftspolitik getrieben würde. Das heutige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann und will die Frage nicht lösen, so daß für uns kein anderes Ziel bleibt, als kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische Ordnung abzulösen. Dem muß und soll unser Kampf gelten.

Vielfach wird die Meinung vertreten, daß der durch die Kriegsjahre gehemmte Nachwuchs sich doch jetzt auswirken muß. Nun, wer diese Wirkung der Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt hat, dem möchte ich sie nicht nehmen, er soll dabei aber nicht vergessen, daß das Arbeitslosenheer den verminderten Nachwuchs um ein ganz gewaltiges übersteigt und dadurch die Auswirkung nicht fühlbar wird.

Vor allem müssen wir überall aufklären in der Arbeiterschaft, müssen sie mit den gewerkschaftlichen Gedanken vertraut machen, müssen sie gewinnen, nicht nur als zahlende Mitglieder, sondern als Kämpfer für unsere gerechte Sache. Die Einführung der 40-Stunden-Woche, der Abbau der hohen Beamtengehälter und Pensionen, soweit sie über das erträgliche Maß, 1000 Mark im Monat, hinausgehen und Bereitstellung dieser freiwerdenden Gelder mit noch anderen für öffentliche Arbeiten. Diese Forderungen haben nichts Unmögliches an sich, müssen wir uns zu eigen machen und dafür eintreten, damit die Not durch Arbeitsbeschaffung etwas gelindert werden kann.

**Ermahnung.** Bei der Redaktion laufen wiederholt Klagen ein, daß einzelne Kollegen allzu offensichtlich auf die Ausnutzung der Zahlstellen-Lokalgebühren spekulieren und darauf setzen. So wird neuerdings von Ueberbach i. Bogild gemeldet, daß die Zahlstelle wegen der Ausnutzung nunmehr die lokale Unterstützung einstellen muß. Denn am Ort sind alle Kollegen arbeitslos und die Lokalkasse ist sehr zusammengeschmolzen. Kürzlich kamen dort einige fremde Kollegen an mit Interimskarten, die nur 2 bis 3 Beiträge aufweisen. Trotzdem ihnen nun 1,50 Mk. Lokalbeitrag ausgehändigt wurde, machten sie Spekulation, weil ihnen der Betrag zu gering war. Andere Zugereiste wieder in derselben Zahlstelle gingen nach Erhalt der Unterstützung durch den Kassierer noch nach dem Vorsitzenden, um von dem weitere Unterstützung zu erpressen. Als das nicht gelang, gehen sie einfach zur Frau des Kassierers und verlangen noch einmal jeber 3,50 Mk. Wenn in diesem Falle das Verlangen auch nicht erfüllt wurde, so sind diese Vorgänge jedoch geeignet, sämtliche reisenden Kollegen zu schädigen; die Reellen werden durch die Unreellen geschädigt. Das zeigt in diesen Fällen die Einstellung der örtlichen Unterstützung. Das ist das Bedauerliche bei der Sache! Es kann nicht angehen, daß Unterstützungs-Nachsuchende selbst bestimmen, was sie haben wollen. So geht das nicht! Soweit die statutarische Reiseunterstützung in Frage kommt, ist der Betrag leicht zu errechnen, diesen kann jeder Berechtigte fordern, die Höhe liegt fest, aber die Höhe des Lokalgebührens fest bestimmt die Zahlstelle, nicht der fremde Kollege. Mag die Not auch manchen reisenden Kollegen zu solchem unkorrekten Handeln veranlassen und reizen, aber solche müssen es sich schließlich gefallen lassen, daß ganz energisch mit ihnen umgesprungen wird. Gewöhnlich berufen sich solche Unterstützungspekulanten mit Vorliebe auf Solidaritätsbezeugungen durch den Verband, obgleich die bisher am wenigsten zur finanziellen Verbandsfundamentierung beigetragen haben. Es ist deshalb wohl die Ermahnung an die örtlichen Kassierer am Platze: laßt euch nicht ausnutzen durch die Unterstützungspekulanten und prüft in jedem Fall auf Grund des Mitgliedsausweises, was bisher von den Nachsuchenden für den Verband geleistet wurde.

**Unberechtigigte und unreele Ansprüche müssen entschieden abgelehnt werden!**

**Anklam.** Auf unserer Generalversammlung am 18. Januar wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle Kollegen auch in diesem Jahre treu zu unserem Verband halten, um am weiteren Aufbau der sozialen und gewerkschaftlichen Ziele der Arbeiterschaft mitzuhelfen.

Der in weitesten Kreisen bekannte Steinfabrikant R. Wandt macht wieder einmal von sich reden. Dieser Mann, den man gut mit Wilhelm, dem Früheren, vergleichen könnte: „Ich bin Ich“. Vor zwei Jahren kaufte sich Wandt eine Villa für 40 000 RM., und vor kurzem erwarb er das Anwesen eines hiesigen Ackerbürgers. Es gibt viele Leute, die sich darüber wundern, wie der Mann seit der Inflation soviel Geld verdienen konnte. Feststeht, daß dies in der Hauptsache durch die Uneinigkeit und Klauheit der Arbeiter geschehen ist. Denn die Arbeiter haben für Hungerlöhne arbeiten müssen. Auch die bescheidensten Forderungen wurden diktatorisch abgewiesen. In unserer Generalversammlung wurde die Betriebsratswahl bei der genannten Firma angeknüpft und eingehend erörtert. Das ist dem Unternehmer zu Ohren gekommen, und die Folge war, daß er, bevor er sich erst tüchtig mit Flüssigkeiten gestärkt hatte, drei Tage später auf einer Arbeitsstelle erschien und die vier dort beschäftigten Steinschläger entließ. Unter diesen waren gerade die Kollegen, die für die Betriebsratswahl in Aussicht genommen waren. Am nächsten Tage stellte sich heraus, daß zwei von den Arbeitern weiterarbeiten konnten (unorganisierte), aber zwei organisierte Kollegen ohne Grund endgültig entlassen waren. Nun wird sich das Arbeitsgericht einmal näher mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen.

**Beuthen.** Am 17. Januar 1930 tagte im Volkshaus unsere Generalversammlung. Der erste Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Anschließend wurde vom Kassierer der Bericht vom vergangenen Jahre bekanntgegeben, der für sehr gut befunden wurde. Die Neuwahl brachte einen zufriedenenden Verlauf. Nachdem einige Kollegen dem ersten Vorsitzenden und dem Hauptkassierer für ihre Arbeiten auf dem verantwortungsvollen Posten die Note „1“ gegeben hatten, auch allen übrigen Kollegen, die im Vorstand einen Posten bekleiden, wurde von sämtlichen Kollegen einstimmig beschlossen, von einer Neuwahl Abstand zu nehmen und die Kollegen gebeten, auf ihrem Posten zu bleiben. Es wurde dann noch darauf hingewiesen, daß die zugereichten Kollegen das An- und Abmelden beim Zahlstellenvorstand noch immer nicht für notwendig halten. In Zukunft darf das nicht vergessen werden. Auch wurde beschlossen, eine stärkere Buchkontrolle, hauptsächlich für die zugereichten Kollegen, durchzuführen. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende, immer Solidarität zu üben, das bedeutet mit anderen Worten: „Einer für alle und alle für einen!“

**Bochum-Langendreer.** Am 18. Januar hielt die Filiale im neu erbauten Volkshaus ihre Generalversammlung ab, sie war restlos besucht. Auch war unser Gauleiter, Kollege Gante, erschienen. Die Tagesordnung umfaßte 5 Punkte. 1. Verlesung des Protokolls. 2. Geschäftsbericht des Vorsitzenden und Kassierers. 3. Bericht des Gauleiters vom Verbandstag. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes und Filialangelegenheiten. Kollege Dahr gab den Geschäftsbericht und Kollege Vorthmann den Kassenbericht; beiden wurde Entlastung erteilt. Dann erstattete Kollege Gante den Bericht vom Verbandstag. Die Verammlung war mit den Ausführungen des Kollegen Gante sehr zufrieden. Bei Neuwahl wurden einstimmig gewählt: Kollege Dahr 1., Kollege Zinn 2. Vorsitzender, Kollege Vorthmann Kassierer, Kollege Vogel Hilfskassierer, Kollege Bod Schriftführer und die Kollegen Koch und Janßen als Revisoren. In „Filialangelegenheiten“ wurde es sehr lebhaft, als der Vorsitzende den Fall des Pfleiters Köhler anknüpfte. Diese Musterblüte versucht mit aller Gewalt die Einigkeit in der Filiale zu zerstören. Was aber an dem geschlossenen Willen der Kollegen scheiterte. Dieser betreffende Köhler erklärte in der vorletzten Versammlung, wo ihn der Kollege Vorthmann auf-forderte, die 12,50 Mk., die er der Lokalkasse schulde, zurückzugeben, er sollte man sein Buch kaputtreißen, er brauche uns nicht mehr. (Zwischen ist aus dem „Kommunisten“ ein Kriegervereinsmitglied geworden.) Auch versuchte Köhler, nachdem er unseren Kollegen Vorthmann als Lokalkassierensmitglied schwer beleidigte, noch tötlich gegen ihn vorzugehen. Sämtliche Kollegen haben das aus schärfste verurteilt. Zu bedauern sind bloß die Unternehmer, denn diese werden nun ihren Bericht erstatter los. Sollte Köhler in einer der Nachbarfilialen auftauchen, so ist dem Burshen auf die Finger zu achten, er ist noch einer von denen, die sich beim Krauter anbieten, 40 Quadratmeter Kleinpflaster zu machen pro Tag; natürlich nur mit der Schnur. Bei „Verschiedenes“ wurde beschlossen, trotz unserer Eingemeindung nach Bochum, die Selbständigkeit der Filiale zu wahren, da durch Nichterscheinen des Bochumer Vorstandes keine Aussprache vollzogen werden konnte. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum treuen Zusammenhalten ermahnt hatte, schloß er die gegenständliche Verammlung. Am mehr konnte auch der betreffende Köhler seinen Lauscherposten unter dem Fenster verlassen. (Anmerkung der Schriftl.: Wo bleibt denn da die Selbsthilfe, um solchen Lauschern das Handwerk zu legen? —)

**Berichtigung.** Auf Grund des Pressegesetzes wird uns zu einer Notiz im „Steinarbeiter“ vom 9. November 1929 unter der Überschrift „Ein Gemeinmensch“ nachstehende Berichtigung gestellt:

Es ist un wahr und völlig un denkbar, daß ich bei der wegen der Fahrkosten eines nach Hause gefahrenen verunglückten Arbeiters mit zwei Betriebsratsmitgliedern, nämlich H. Mand und R. Rohde aus Berna bzw. Wernswig am 18. Oktober v. J. stattgefundenen Verhandlung gelagt habe: ich zahlte die 6.— RM. Transportkosten nicht, sollte in Zukunft mal einer wieder verunglücken, so müßte er im Betrieb verreden.“ Wahr ist vielmehr, daß ich im Beisein eines Zeugen, des Maschinenmeisters Richard Eßtmann unter Hinweis auf den sowohl von der Krankenkasse in Borken als auch von der Steinbruchsberufsgenossenschaft, Section 5, zu Münster unterm 18. 3. 29 auf meine Beschwerde bzw. Anfrage hin, wer die Kosten des fraglichen Transportes zu tragen habe, erhaltenen Bescheid, wonach der Verunglückte diese selbst zu tragen habe, lediglich erklärt habe, ich sei nicht in der Lage, diese Kosten zu zahlen. Wenn Mand sich auf den Standpunkt stelle, daß derjenige den Wagen bezahlen müßte, der ihn bestellt habe — in diesem Falle wäre ich dies gewesen, da ich der Besteller war —, so würde ich mich in Zukunft um nichts mehr kümmern, möge dann der Verletzte leben, wie er nach Hause käme.“  
Zul. Kaumanns, Wernswig.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- Gipvert:**
1. Gau: In Greifenberg (Pomm.) die Steinfabrikanten Riepert, Wagner, Drescher, Segebarth.
  2. Gau: In Gleiwitz die Granitschleiferei Fa. Jakobowich, Inhaber So. B. Mahler. — In Piegwitz die Fa. Herm. Wagner für Steinmehlen.
  3. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind.
  4. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe). — In Willingen das Schotterwerk Fröschel & Sohn. Kann keinen Lohn zahlen.
  11. Gau: In Bad Dilsdorf die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinsetzer und Berufsgenossen keinen Lohn.)

**Börsdorf.** Bei der Firma Hermann Jeschke, Granitwerk, Börsdorf (normalerweise Winkler u. Schindler), sind erneut Lohn-differenzen ausgedröhen. Der Bezirkslohntarif der Oberlausitz für die Steinarbeiter wird dort nach allen Regeln der Kunst zu umgehen versucht. Schon seit Uebernahme des Betriebes durch Jeschke sind die tariflichen Streitigkeiten für die Steinmehlen nie zur Ruhe gekommen. Kollegen, die sich dieses Gebahren nicht bieten ließen, wurden aus dem Betriebe entfernt. Zum Teil wurden Betriebs-fürsorgeleistungen dazu benutzt. Der überwiegende Teil dieser Kollegen mußte schon durch den Konkurs der Vorgänger bedeutende Verluste ertragen. Nun sind sie vom Regen in die Traufe gekommen. Das erwartete Paradies durch die Uebernahme des Betriebes durch Herrn Jeschke, dem Moskowitzer, ist mithin noch in weiter Ferne; das Gegenteil ist eingetreten. Der jetzige Unternehmer und frühere Kollege Jeschke dürfte den Steinarbeitern in der Lausitz nicht unbekannt sein. Da außer den tariflichen Differenzen zugleich ständig mit Entlassung gedroht wird, wird dringend ersucht, Arbeitsangebote bei genannter Firma zu unterlassen.

**RM. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie.** Ueber die Erneuerung des beiderseits gefündigten RM. haben bisher zwei Verhandlungen stattgefunden. Eine Annäherung der beiden Parteien konnte darin nicht erreicht werden. Die erneuten Forderungen des Reichsverbandes haben vielmehr dazu geführt, daß die für den 5., 6. und 7. Februar vorgesehenen Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt wurden, damit unsere Verhandlungskommission dazu Stellung nehmen kann.

# Rundschau

**Das wertvollste Werkzeug für den kapitalistischen Staat.** Wenn die kommunistische Bewegung in der heutigen Form nicht bestände, würde sie bestimmt von den Unternehmern, sofern das in ihrer Macht stände, geschaffen werden. Eine wertvollere Hilfe kann ihnen wahrhaftig nicht zuteil werden. Erst spätere Geschichtsschreiber werden vielleicht eindringlich darzustellen vermögen, inwieweit der soziale Aufstieg in unserer Epoche von den bezahlten und unbezahlten Agenten Moskous gebremst worden ist. Was die Kommunisten für die Unternehmer im besonderen und die bürgerliche Welt insgesamt bedeuten, hat die Deutsche Allgemeine Zeitung in ihrer Nummer 56 freimütig folgendermaßen anerkannt:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.“

Dem ist eigentlich wenig hinzuzusetzen. Es wird hier den linksgerichteten Wortaditalen bescheinigt, zu wessen Nutzen sie ihre Tätigkeit ausüben. Hoffentlich sehen die Arbeitermassen bald ein, daß sie auf dem falschen Wege sind, wenn sie jenen Elementen, die niemanden gegenüber eine Verantwortung tragen, Gefolgschaft leisten.

**Gewaltige Verkehrsleistungen.** Im Berliner Nahverkehr wurden im Jahre 1929 insgesamt 192 Millionen Personen befördert. Das ist soviel, wie die ganze Erde Einwohner zählt. Davon beförderte die Straßenbahn 929, die Untergrundbahnen 277, die Kraftomnibusse 277 und die Stadt-Rings- und Vorortbahnen 444 Millionen. In den letzten zwei Jahren ist der Berliner Verkehr um 21 vom Hundert gestiegen. Die Zunahme gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre 1913 beträgt rund 15 v. H. Im Jahre 1913 benutzte jeder Berliner die öffentlichen Verkehrsmittel jährlich 323mal, 1928 nahm er sie 418mal und 1929 448mal in Anspruch. Täglich fährt also jeder Berliner mindestens einmal mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das sind zweifellos gewaltige Verkehrsleistungen, die an die Verkehrsmittel große Anforderungen stellen. Kein Zweifel, daß diese Verkehrsmittel sich in den Händen der Kommunen oder des Staates befinden müssen.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Folgende Zahlstellen haben bis Montag, den 10. Februar 1930, die Abrechnung des 4. Quartals 1929 noch nicht eingeleistet:

1. Gau: Deutsch-Enlau.
5. Gau: Nachen, Bottrop, Herne, Westhofen.
6. Gau: Verdingen, Döhlen.
9. Gau: Bobenhäuser, Fulda, Ronzingen, Roth/Dillkreis, Steinau/Schlüchtern.
10. Gau: Reiffenhäuser, Wernswig, Oberbeisheim.
11. Gau: Ibbenbüren, Horstmar.

Folgende Mitglieder wurden ausgeschlossen:  
Auf Antrag der Zahlstelle München der Steinseher Mag Seblisch wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.  
Auf Antrag der Zahlstelle Barmen-Elberfeld der Steinseher Walter Braun wegen Verleumdung.  
Auf Antrag der Zahlstelle Landsberg (Warthe) der Steinseher Otto Behke wegen Ausführung tariflich unzulässiger Akkordarbeit.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

**Berksammlungen:**  
Am 16. Februar in Pappenheim, Gasthaus zum Lamm, Bezirkskonferenz für das Litho- und Zuzagebiet um 10 Uhr. Auf 50 Mitglieder ein Delegierter. Kosten tragen die Zahlstellen. Tagesordnung umfangreich. Gauleiter anwesend. Einberufer der Konferenz ist der Bezirksleiter.  
Am 20. Februar in Danzig, um 17 Uhr, Restaurant Wieden-schloß, Fleischergasse: Kombinierte Versammlung.  
Am 23. Februar in Sorau (M.-V.), 9,30 Uhr, bei Gründel.  
In Essen finden die regelmäßigen Sektionsversammlungen der Steinarbeiter (Steinmetzen und Marmorarbeiter) jeden 2. und letzten Sonntag im Monat um 10 Uhr im Lokal Köller, Frohnhauser Straße (früher Fischer) statt.

**Gau IV und X (Gruppe Straßenbau).** Mit dem Bezirksverband für das Mitteldeutsche Steinseher- und Straßenbaugewerbe kam eine Vereinbarung zustande, daß der durch Kündigung am 31. 12. 1929 abgelaufene Tarifvertrag für das Steinsehergewerbe bis Ende Februar 1930 weiterläuft. Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages sind, solange der Abschluß des Reichstiftungsvertrages nicht vorliegt, unangebracht.

**Bekanntmachungen:** In Nachen, das Verbandsbuch Nr. 35 168 für Lorenz Wilbergh, Steinmetz, in Breslau 1 Nr. 3265 Artur Röder, Steinmetz. In Hamburg Nr. 103 681 für Paul Swenson, Marmorseher.

## Briefkasten

**Rathweiler.** Der gesunde Menschenverstand muß doch in diesem Fall die richtige Antwort geben! Der eingezahlte Betrag des Verstorbenen wurde zurückgezahlt; der einbehaltenen Betrag stammt vom Arbeitgeber und bleibt der Versicherung, da sie sonst die übrigen Ansprüche nicht bewältigen kann. Die betr. Witwe ist also a-h-g-e-f-u-n-d und hat keine Lei Rechte mehr. Im übrigen ist immer davor gewarnt worden, mit Rücksicht auf Krankheit und Alter, sich die Beiträge zurückzahlen zu lassen. Die Versicherung selbst tut das auch.

**Raumünzsch.** Das ist kein Grund zu den gewünschten Maßnahmen. Eine viel schlimmere Situation herrscht in anderen großen Steinbruchbezirken und es wäre unsinnig, über diese Bezirke die Sperre zu verhängen. Die Zureichenden können schließlich die Situation auch nicht mehr verschlechtern.

**Demis (Sa.).** Unter der Aufschrift steht kein Name, ist das Freigebit vor der eigenen Courage oder was soll das? Solche Sachen sind reif für den Papierkorb, weil das Anonyme die Nachprüfung erschwert.

**Schmiedefeld.** Ja, die Verweigerung der Aussage ist in solchen Fällen zulässig. Darauf macht übrigens der Vorsitzende des Gerichts vor jeder einzelnen Vernehmung immer aufmerksam. Wenn man will, kann man natürlich ausagen.

**Schmierfinken über die Bauhütte Berlins.** Ein kommunistisches Blatt hatte von der Jubiläumssfeier der Bauhütte Berlin Ende 1929 die Meldung gebracht, daß das Fest 100 000 Mark gekostet habe. „Der Deutsche“ und mit ihm andere christliche Blätter hatten nichts Günstigeres zu tun, als diese Sudelei nachzudruden. In der Notiz des „Deutschen“ wird erwähnt, daß die Miete für das Lokal 5000 Mark betragen und das gesamte Fest die obigen Kosten verschlungen habe. Des weiteren wurde ausgerechnet, daß, wenn die Summe unter die 700 beschäftigten Arbeiter verteilt worden wäre, jeder Arbeiter 140 Mark erhalten hätte. An diese faulstinken Lügen wurden nun die entsprechenden Bemerkungen geknüpft. Auch der Unkundigste hätte wissen müssen, daß eine Morgenfeier ohne Getränke keine 100 000 Mark kosten kann. Die Geschäftsleitung der Bauhütte Berlin hat dann auch Gelegenheit genommen, die Sache richtigzustellen, doch befürchten wir, daß deren Berichtigungen einfach nicht beachtet werden. Für die Veranstaltung in der Berliner Scala wurden aufgewandt: Mietpreis, einschließlich Garderobe und Heizung 1650 Mark, für den Arbeiter-Sängerchor, Künstler, Musik und sonstige Unkosten 2550 Mark, so daß die gesamten Unkosten 4200 Mark betragen. Das ist der 25. Teil dessen, was Kommunisten und Christliche sich aus den Fingern gelogen haben. Ueberdies hatte die Bauhütte Berlin der Wohlfahrtskassa des Betriebes bereits vor dem Fest 10 000 Mark überwiesen. Sowohl die Christen als auch die Kommunisten sind nicht in der Lage, eine ähnliche wirtschaftliche Leistung wie die Bauhütte Berlin aufzuweisen zu können. Trotzdem sind sie froh genug, solche hanebüchigen Lügen zu verbreiten. Man kann sicher nicht auf jeden Drecksprecher eingehen. In diesem Falle war es aber notwendig, die Sache richtigzustellen.



Diese Broschüre wurde soeben vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften und der Deutschen Verkehrsarbeiter in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft völlig neu bearbeitet in zweiter Auflage herausgegeben.

Kürzlich haben die Statistischen Ämter einiger Städte ihre Mitteilungen über Verkehrsunfälle im Jahre 1929 veröffentlicht. Es ist erstaunlich, daß die drei ersten vorliegenden Meldungen von Berlin, Magdeburg und Wesermünde trotz erheblicher Steigerung des Verkehrs und Zunahme der Kraftfahrzeuge einen Stillstand oder gar ein geringes Zurückgehen in den bisher seit Jahren unentwegt, zum Teil sprunghaft emporsteigenden Kurven der Verkehrsunfälle feststellen. Ein abschließendes Urteil wird man erst nach Vorliegen der Reichsstatistik abgeben können, die erst später zu erwarten ist. Aber immerhin lassen doch diese Zahlen in diesen Städten, in denen die Ruwo mit großer Energie durchgeführt wurde, Rückschlüsse darüber zu, daß mindestens ein Teil des Erfolges auf das Konto der Ruwo und ihrer Broschüren-Agitation und das durch sie gesteigerte Verantwortungsgesühl im Verkehrsleben zurückzuführen ist. Die Ruwo-Broschüre, die ganz besonders die Verkehrsunfälle behandelt, „Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für jung und alt“ wird nunmehr vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften gemeinsam mit der Deutschen Verkehrsarbeiter und in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum zweitenmal in völlig neuer Gestalt herausgegeben; der geringe Preis von 15 Pfg. pro Stück macht es jedermann möglich, für sich selbst, für seine Angehörigen, und besonders für seine Kinder, dieses Heftchen anzuschaffen. Die noch erheblich verbilligten Preise beim Massenbezug (bis zu 11 Pfg. pro Stück) geben die Möglichkeit, unter den Belegschaften von Fabriken, insbesondere auch von Verkehrsunternehmungen, vor allem auch in den Schulen, in den Fortbildungsschulen und Berufsschulen, sowie allgemein im großen Maßstab dieses Heftchen an das breite Publikum zu verbreiten. Beistellungen vermittelt die Unfallverhütungsbild Gmbh beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Str. 37. Es sei nochmals daran erinnert, daß die bisher in der öffentlichen Meinung so tiefmütterlich behandelte Unfallverhütung wohl die gleiche Beachtung verdient, wie die vielfach im Vordergrund des Interesses stehenden Bestrebungen hygienischer Volksaufklärung. Sind es doch 24 000 Tote, die wir jährlich durch Unfälle verlieren! Wenn man bedenkt, daß wir im Jahre 1926 erst knapp 500 000 Kraftfahrzeuge in Deutschland hatten, während im Jahre 1929 1 214 059 Kraftfahrzeuge in Deutschland gezählt wurden, so kann man sich bei Fortgang dieser Steigerung selbst ausrechnen, wie unser Verkehr, lawinenhaft answellend, immer mehr Opfer fordern muß, wenn nicht die notwendigen Abwehrmaßnahmen einleitet. Die aussichtsreichste Unfallverhütung im Verkehrsleben ist jedoch die Hebung des Verantwortungsbewußtseins, die Steigerung der Verkehrsdizziplin, die Förderung der Verkehrsgewandtheit. Diesem Ziele strebt das Heftchen „Augen auf!“ zu. Es liegt mithin im wohlverstandenen Allgemeininteresse, daß allerseits für seine Verbreitung Sorge getragen wird.



Aus der Broschüre „Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für jung und alt“, 2. Ausgabe.

**Vom Projektionskämpf gegen die Gewerkschaften.** Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit tobt sich auch vor den Gerichten aus. Eine große Anzahl Menschen ist ununterbrochen damit beschäftigt, die ungeheure Zahl von großen und kleinen Differenzen vor den Arbeitsgerichten auszutragen. Es ist dies zur Begleiterscheinung des Lebens geworden. Wenn wir hier aus der großen Zahl der gerichtlichen Entscheidungen eine herausgreifen, so wegen der grundsätzlichen Bedeutung derselben. Der Landesverband der Metallindustriellen Dresdens hatte gegen den Deutschen Metallarbeiterverband eine Klage auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 2,3 Millionen angebracht, weil der Deutsche Metallarbeiterverband anlässlich des Arbeitszeitkampfes in den sächsischen Hüttenwerken Anfang 1929 gegen den für verbindlich erklärten Schiedsspruch den Arbeitskampf geführt und damit Tarifbruch begangen habe. Das Arbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen, weil nicht der Metallarbeiterverband als solcher, sondern dessen Bezirksleitung Dresden die Passivlegitimation habe. Die Metallindustriellen legten bei dem Landesarbeitsgericht Berufung ein, über die kürzlich verhandelt wurde. Die Entscheidung lautete wie folgt: „Die Berufung des Verbandes der Metallindustriellen Dresdens ist im ganzen Umfang als unbegründet zu verwerfen. Die Kosten hat der Kläger zu tragen. Das Landesarbeitsgericht hat gleichfalls die Passivlegitimation des Metallarbeiterverbandes verneint, weil nicht dieser, sondern die Bezirksleitung Dresden Gegner des Klägers sei. Damit fand die Gerichtsaktion der sächsischen Metallindustriellen ihr Ende. Der Metallarbeiterverband ging als Sieger aus diesem langwierigen Projekt hervor.“

**Auf 1000 Einwohner 30 Kinoplätze.** In Deutschland gibt es 5267 Lichtspieltheater mit insgesamt 1 876 601 Sitzplätzen. Gegen 1925 ist ein Zuwachs an Lichtspieltheatern von 1649 festzustellen. Auf 1 Million Einwohner entfielen 1925 57 und 1928 83 Lichtspieltheater. Die großen Theater haben sich besonders vermehrt. Zunahme war namentlich in Mittel- und Süddeutschland zu verzeichnen. Im Jahre 1928 wurden in Deutschland 2602 deutsche und 852 ausländische Filme gespielt.

# Adressenänderungen

1. Gau: Schwein (Warthe). Kass.: Richard Baber, Aderstraße. — Rastenburg. Vorj. u. Kass.: Fritz Rahmert, Stifftstraße 9. — Judneitschen, Post Rogahlen (Ostpr.). Vorj.: Hermann Tischler. Kass.: Otto Sitter. — Köslin. Vorj.: August Dunke, Gerberstraße 12. — Danzig. Sektionsleiter der Steinmetzen: Kurt Rinny, Oliva (Westpr.), Günterhofer Promenade 16. — Kremen. Kass.: Albert Schramm, Baustraße 249.
2. Gau: Grünberg (Schl.). Vorj.: Richard Schulz, Lawaldau Nr. 133. Grünberg (Schl.) Land. Kass.: Otto Faustmann, Lawaldau. — Hodenau. Vorj.: Johann Jech.
3. Gau: Plauen. Sektionsleiter der Steinseher: Hermann Kind, Glocenberg 49. — Sproitz. Postbezeichnung Riesch (Oberlausitz) Land.
4. Gau: Eifenberg. Vorj.: Paul Blöthner, Klosterlausnitzer Straße. — Naumburg. Vorj.: Otto Eckardt, Gr. Georgenstraße. — Niederlausungen. Vorj. u. Kass.: Georg Wagener, Steinweg 49. — Coswig. Vorj.: Willi Hübel, Stadthufen 2. Kass.: Alfred Hasler, Siedlung Hasenwerder 6. — Hedersleben. Vorj.: Otto Frieße, Halberstädter Straße 100. Kass.: Walter Riefenstein, Krumme Straße 49.
5. Gau: Annen. Vorj.: Albert Schaffner, Witten-Annen (Westfalen), Am Hang 2a.
6. Gau: Wahlen. Vorj.: Albert Herrmann, Baumgartenstraße, bei Kirchhofer. — Freiburg i. Bzg. Vorj.: Wendelin Härd, Weißstraße 30, IV. — Schweinsweiler. Kass.: Ludwig Schäfer. — Rauthweiler. Vorj.: L. Diehl. Kass.: A. Gilcher.
8. Gau: Schraubensch, Postbezeichnung Schweinfurt-Land.
11. Gau: Drepper. Vorj.: W. Brandt, Wshen, Post Drepper, R. Diepholz. — Wejermünde-Bremerhaven. Vorj.: Gustav Meyer, Bremerhaven, Rampenstraße 38, I.

# Anzeigen

## Achtung! Unterbezirk Schöneberg, Steglitz und Umgegend

Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. des Monats, 20 Uhr, in Steglitz, Ahornstr. 15a, bei Schellhase statt. — Die erste also am 22. Februar. Rege Teilnahme erwartet die Ortsverwaltung. I. A.: F. Döring.

## Unterbezirk Teltow

Am 15. Februar, 19 Uhr, bei Zahradnick, Teltow, Hoher Steinweg 10, nächste Versammlung. Das Erscheinen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

## Steinsetzer und Berufsgenossen des Zahlbezirkes Berlin

Unsere Monatsversammlung ist am Sonntag, 16. Februar, 10 Uhr, in den Brunnensälen, Brunnenstr. 15. Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz. — Evtl. Bericht von den Lohnverhandlungen. — Verschiedenes. Die wichtige Tagesordnung verpflichtet zum Erscheinen aller Kollegen. Die Ortsverwaltung. I. A.: O. Kiaulehn.

## Berlin. Alabasterarbeiter

Montag, 17. Februar, 17 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses Versammlung aller in der Alabastergruppe tätigen Kollegen, die sich auf den Boden der Gewerkschaftsbeschlüsse stellen. Tagesordnung: Neuwahl der Branchenleitung. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche.

## Achtung! Berlin Achtung!

Montag, den 24. Februar 1930, um 18 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses Jahresgeneralversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angehörenden Kollegen (Steinmetzen, Bildhauer, Steinsetzer und Berufsgenossen, Marmor-, Alabaster-, Sägereiarbeiter und aller zu diesen Gruppen gehörenden Hilfsarbeiter). Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal 1929. 2. Jahresbericht für das Jahr 1929. 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Angestellten. 4. Bestätigung der Sektionsleitungen. 5. Neuwahl der Gauleitung. 6. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Die Vorkommnisse im Laufe des letzten Jahres machen es notwendig, daß jeder Kollege, der noch Interesse am Verbandsleben hat, in dieser Versammlung erscheint. Das Mitgliedsbuch ist unbedingt mitzubringen! Um größte Pünktlichkeit ersucht die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche.

Sparkasse derBankerArbeiter Angestellten und Beamten A.-G. Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 5898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 552 84, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, PostcheckkontoDresden21 002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer aus bestem Schweißstahl Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

# Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In Goldberg am 25. Januar der Hilfsarbeiter Wilhelm Walter, 67 Jahre alt, Rauchvergiftung.
- In Berlin am 28. Januar der Steinsetzer Karl Künzel, 55 Jahre alt, 3 Monate herz- und nierenkrank.
- In Tröstau am 29. Januar der Brecher Joh. Schörner, 55 Jahre alt, 26 Wochen lungenkrank.
- In Dresden am 30. Januar der Sandsteinmetz Robert Pietzsch, 69 Jahre alt, 20 Monate Berufskrankheit.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Seibold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.